

Zerstörte Frauen

Wegen der Euro 08 rückt das Thema Frauenhandel in den öffentlichen Brennpunkt – in Bern gibt es wenig Fälle, aber die Dunkelziffer ist hoch

1500 bis 3000 Opfer von Menschenhandel vermutet die Bundespolizei in der Schweiz. Zu Verurteilungen kommt es dagegen selten, nur wenige Opfer erstatten Anzeige. Für die Täter ist es ein lukratives Geschäft mit wenig Risiko.

SIMON JÄGGI

Ihr Name sei Ivana*. Eine junge Frau aus Ex-Jugoslawien. Ein Jahrzehnt ist es her: Ivana lernt einen Typen kennen, der ihr Arbeit in Westeuropa verspricht. Ivana hat nichts zu verlieren, sie steht im Streit mit der Familie. Ihr uneheliches Kind ist eine Schande, man nimmt es ihr weg. Ivana wird verschleppt, und erlebt eine dieser Geschichten, die sich hinter der Etikette Frauenhandel verstecken. Geschichten, die oft ähnliche Muster aufweisen: Leere Versprechen, Falschinformationen, Verschuldung, Drohkulissen, psychische Zerstörung, Vergewaltigungen, Folter, Scham.

Ivanas Schicksal mag noch etwas schockierender sein als andere. Im Bordell, in dem sie eingesperrt ist, amtiert eine andere Prostituierte als Aufpasserin – wenn es ums Überleben geht, werden auch Opfer leicht zu Tätern. Ivana findet aber das Vertrauen aufzubauen und mit regelmässigen Besuchen den Kontakt aufrechtzuerhalten. Schliesslich wolle man die Frauen nicht zwingen, Hilfe zu holen – es bliebe nur zu warten. Im Falle von Ivana wartete Suter sechs Jahre.

Behutsames Vorgehen sei entscheidend. «Wir versuchen ein Vertrauen aufzubauen und mit regelmässigen Besuchen den Kontakt aufrechtzuerhalten.» Schliesslich wolle man die Frauen nicht zwingen, Hilfe zu holen – es bliebe nur zu warten. Im Falle von Ivana wartete Suter sechs Jahre.

1500 bis 3000 Fälle pro Jahr . . .

Es gibt Zahlen zu Frauenhandel in Stadt und Kanton Bern – doch wie aussagekräftig sie sind, ist schwierig zu beurteilen. Die Kantonspolizei Bern hat laut Pressestelle im Jahr 2005 zehn Delikte registriert, drei im Jahr darauf und 2007 vier Delikte zur Anzeige gebracht. Als grösste Stadt ist Bern am häufigsten mit dem Problem konfrontiert.

Xenia kümmerte sich im letzten Jahr um acht Betroffene. Die einzige auf Frauenhandel spezialisierte Beratungsstelle, das Fraueninformationszentrum (FIZ) Makasi in Zürich, hat im Jahr 2007 160 Opfer unterstützt. Aber alle Experten sind sich einig: In diesem Bereich ist die Dunkelziffer hoch, wie im Menschenhandel allgemein (siehe Kas-

* Name wurde von der Redaktion geändert.



Bei den Opfern von Menschenhandel handelt es sich meist um Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden. ANDREW MEDICHINI/KEYSTONE

ten). Daher hat das Bundesamt für Polizei im Jahr 2002 eine Schätzung aufgestellt: Es vermutet 1500 bis 3000 Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in der Schweiz.

. . . aber kaum Verurteilungen

Erfahrungen zeigen aber, dass ein sehr kleiner Teil der Frauen überhaupt eine Anzeige macht. Im krassen Gegensatz zu den Schätzungen der Polizei steht die Anzahl der Strafverfahren – durchschnittlich 20 bis 50 pro Jahr. Und Verurteilungen sind gar noch seltener: Zwischen 2002 und 2006 gab es jährlich zwischen 2 und 12 Urteile wegen Menschenhandel. Jährlich werden weltweit mit Menschenhandel rund 35 Milliarden US-Dollar verdient. Für die Täter ein lukratives Geschäft – mit erschreckend wenig Risiko.

Mit der anstehenden Euro 08 gerät das Thema nun wieder zunehmend in den Brennpunkt der Öffentlichkeit. Eine breite Koalition aus 25 Hilfsorganisationen startet am 7. März die nationale Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel» (siehe Kasten rechts). Schon am 4. März

beginnt die Ausstellung «Ohne Glanz und Glamour» von Amnesty International (siehe Kasten links). Und auch die Stadtberner Politik reagiert: Die SP hat beim Gemeinderat eine Interpellation deponiert, um anlässlich der Euro nachzuzufahren, wie stark sich die Stadt Bern gegen Frauenhandel engagiert.

Euro 08: Keine Verschärfung

«Der Frauenhandel wird wegen der Europameisterschaft kaum zunehmen», relativiert Martha Wigger, auch sie ist Beraterin von Xenia. «Aber die Euro ist ein ideales Trittbrett, um für das Thema zu sensibilisieren.»

In Deutschland wurde das Thema vor zwei Jahren im Vorfeld der Fussballweltmeisterschaft medial derart aufgeheizt, dass selbst die Sexarbeit-Organisationen (Dona Carmen) von einer «Hysterie» sprachen. Die Zahl von «40 000 Zwangsprostituierten» machte die Runde – nach der WM zählte das Innenministerium fünf mutmassliche Opfer. Laut Xenia wird die Anzahl der Sexarbeiterinnen in Bern während der Euro kaum steigen (siehe «Bund» 26. 1.).

Die Bemühungen der Stadt Bern, Menschenhandel zu verhindern, sind kürzlich untersucht worden: «Ein relativ breites Problembewusstsein» attestiert das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien den Behörden (Studie «Menschenhandel in der Schweiz»). Noch bedarf es aber Massnahmen bei der Intervention. Ein wichtiger Schritt ist im letzten Jahr unternommen worden: Es ist ein neues Kooperationsgremium geschaffen worden, in dem sämtliche betroffenen Organisationen vertreten sind – Polizei, Justiz, Frauenhäuser, Xenia und Opferhilfe.

Bedenkfrist von einem Monat

«Wenn wir auf einen Fall stossen, rufen wir nicht gleich die Polizei», erzählt Jacqueline Suter. Es müssen zuerst intensive Gespräche mit den Betroffenen geführt werden. «Die Opfer sollen nicht erneut fremdbestimmt werden», so Suter. Die Frauen bestimmen, ob und wann sie zur Polizei gehen.

Nach dem neuen Ausländergesetz erhalten Menschenhandel-Opfer eine Bedenkfrist von einem

Monat, ob sie Anzeige erstatten wollen. Wer nicht kooperieren mag, was die Mehrzahl betrifft, wird ausgeschafft. Für einen längerfristigen Aufenthalt in der Schweiz, zum Beispiel wegen Gefährdung im Herkunftsland, kann das Opfer ein Gesuch um eine vorläufige Aufnahme oder eine Härtefallregelung stellen. Gemäss der eidgenössischen Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel (KSMM) konnten im Jahr 2006 45 Opfer von Menschenhandel vorübergehend im Land bleiben – 39 davon aber nur bis zur Bedenkfrist. Durch das Opferhilfegesetz haben Betroffene zwar Anspruch auf Hilfe – Schutz nach dem Strafverfahren, etwa ein Zeugenschutzprogramm, sehen die gesetzlichen Grundlagen in der Schweiz aber nicht vor. Laut KSMM prüft die Schweiz aber zurzeit eine Ratifizierung einer Europaratskonvention, die auch den Zeugenschutz vorsieht.

Angst vor Geldnoten

«Es ist nicht einfach, einen Prozess durchzustehen», sagt Jacqueline Suter. Die Mehrzahl der Fälle, die sie bisher betreut hat, wäre dazu nicht fähig gewesen. In einer ersten Phase ginge es meist um Krisenintervention. Sind die Frauen stabiler, leitet sie Xenia meist ans FIZ Makasi weiter, da die Zürcher Beratungsstelle am meisten Erfahrung bei der Betreuung der Opfer hat. Xenia trifft häufig auf Frauen, die in der Schweiz freiwillig als Prostituierte arbeiten, aber früher Opfer von Frauenhandel wurden, etwa in einem Transitland. «Nach Jahren bricht das Trauma auf – plötzlich funktionieren sie nicht mehr.» Suter musste während einer Beratung auch schon alle Fenster und Türen öffnen, weil eine Frau Panik bekam, eingesperrt zu sein. Ein anderes Opfer konnte Geldnoten nicht mehr in die Hand nehmen. Wegen den Gesichtern von Männern darauf. Suter ist keine Zartbesaitete, zulange ist die Beraterin schon im Geschäft. Aber nach solchen Geschichten werde es auch für sie schwierig, zu schlafen.

Ivana lebt noch in der Schweiz. Weil sie geheiratet hat, darf sie bleiben. In der Ehe erfährt sie erneut Gewalt. Heute lebt sie von der Sozialhilfe und alleine, stets begleitet von Beziehungsgängsten.

DIE BEKÄMPFUNG DES FRAUENHANDELS MUSS INTERNATIONAL VERNETZT SEIN

Langwierige Polizeiarbeit

Wie Fische, die dem Fluss entlang zur Quelle strömen, ziehe es die jungen moldawischen Frauen nach Westeuropa. Um dabei zu vermeiden. «Die Quellen sind die Friedhöfe unserer zerstörten Körper», heisst es im moldawischen Theaterstück «A Saptea Kafana» (das siebte Kaffeehaus), das am Mittwoch im Theater Käfigturm aufgeführt wurde. Seit sieben Jahren wird das ergreifende, aspektreiche Stück über Frauenhandel in Moldawien, der Ukraine oder Weissrussland aufgeführt. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt das Projekt – es soll zur Prävention und Bewusstseinsbildung in den Herkunftsländern beitragen.

Von der Familie ausgestossen

«Frauenhandel stellt in der Ukraine noch immer ein grosses Tabu dar», sagt Oksana Horbunova von der Organisation für Migration (OIM) in einer Diskussionsrunde im Anschluss an das Theater. Die Frauen würden als Prostituierte statt als Opfer wahrgenommen, bei

ihrer Rückkehr manchmal gar noch von den Familien ausgestossen. 100 000 Menschen, schätzt eine Studie der Universität von Nebraska, sind in der Ukraine seit dem Fall des Eisernen Vorhangs Opfer von Menschenhandel geworden. Dabei sind auch Männer und Kinder eingerechnet oder Opfer, die etwa zum Zwecke der Zwangsarbeit ausgebeutet wurden.

«Die absolut grösste Gruppe der Opfer», erzählt Horbunova, sei nicht bereit, über ihre Erlebnisse zu reden. «Sie wollen in ihrem Leben eine neue Seite aufschlagen», sagt die Leiterin eines Zentrums für Rückkehr und Reintegration von Frauenhandel-Opfern in Kiew. Ein Teil der Frauen sei bereit, Angaben zu liefern, etwa zur Route ihrer Verschleppung. Nur eine kleine Minderheit erhebe Strafanzeige.

Zwangsarbeit nimmt zu

Mit diesem Problem kämpft auch Oleg Zavorotny von der Abteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels im ukrainischen Innenministerium. Nur etwa 30 Fälle

von Frauenhandel würden pro Jahr aufgedeckt, obwohl die Ukraine die Bemühungen seit 2000 intensiviert habe. Frauenhandel habe aber seinen Höhepunkt überschritten, so Zavorotny, inzwischen sei Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit das akutere Problem.

In der Schweiz dagegen stellt die Ausbeutung durch Prostitution noch immer die grösste Gruppe der Menschenhandel-Fälle dar, wie Boris Mesarić erklärt. Er leitet die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel (KSMM). Die Opfer kämen mehrheitlich aus Osteuropa, vor allem Rumänien, Moldawien oder der Ukraine, aber auch aus Südamerika, Asien und Afrika.

Föderalismus als Schwierigkeit

Es mag unspektakulär klingen, aber bei der Bekämpfung des Frauenhandels sind Kooperationsmechanismen von hoher Bedeutung. Eine Vielzahl von Stellen befassten sich mit Menschenhandel, zudem bedürfe es einer Vernetzung mit der Polizei der Herkunftsländer, da

auch die Täterschaft international tätig sei, so Mesarić vom KSMM, das für diese Koordination zuständig ist. Kommt hinzu, dass die Kantone für die Ermittlungen zuständig sind, Kontakte ins Ausland aber über den Bund laufen.

Ein Beispiel für die vernetzten Ermittlungen: Beim letzten Fall sei eine Staatsanwältin aus Rumänien nach Bern gekommen, berichtet Christian Brenzikofer, Chef der Spezialfahndung der Kantonspolizei. Die Polizeiarbeit im Bereich Frauenhandel sei eine schwierige, so Brenzikofer. «Wir müssen langwierige Vorermittlungen treffen.» Erst wenn die Polizei sicher gehen könne, dass die Beweise genügen, sei eine Razzia angezeigt. «Sonst sind die Täter am nächsten Tag wieder auf freiem Fuss.» Das Risiko für die Opfer wäre dabei zu hoch.

«Vielleicht entsteht manchmal der Eindruck, dass wir immer gegen die Frauen losgehen», sagt Brenzikofer – das sei zum Teil auch richtig. Aber die Polizei müsse sich ans Gesetz halten und illegale Aufenthalte ahnden. (jäg)

Ausstellung und Podien

STADT BERN Nächsten Dienstag eröffnet die Ausstellung «Ohne Glanz und Glamour» ihre Tore, die sich dem Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution annimmt. Organisiert wird die Ausstellung von Amnesty International. In Referaten wird auf Teilaspekte des Themas eingegangen. Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) stellt Präventionsarbeit in Rumänien vor (6. März, 20 Uhr). Über die Polizeiarbeit in schwierigem Umfeld informieren Christian Brenzikofer von der Kantonspolizei und Alexander Ott, Leiter Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern (13. März, 20 Uhr). Mit einem Film und einem Referat wird ein Projekt in Weissrussland vorgestellt (3. April, 19 Uhr). (pd/jäg)

[i] **AUSSTELLUNG** Kornhausforum. 4.-15. März. Di, Mi, Fr 10-19 Uhr, Do 10-20 Uhr, Sa 10-16 Uhr. Eintritt frei.

Nationale Kampagne

SCHWEIZ Am 8. März startet die nationale Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel», die von einer breiten Koalition aus Beratungsstellen, Frauen-, Männer- und Menschenrechtsorganisationen, Fachstellen, Hilfswerken, kirchlichen Organisationen und Gewerkschaften getragen ist. Als Kopräsidentin amtiert Altnationalrätin Ruth-Gaby Vermot. Das Komitee lanciert die nationale Petition «Mehr Schutz und Rechte für die Opfer von Frauenhandel». Zum Auftakt finden dabei am Frauentag (8. März) Strassenaktionen in Schweizer Städten statt – auch in Bern. Als Ziel haben sich die Petitionäre 25 000 Unterschriften gesetzt. Geplant ist auch ein Werbespot, der während der Euro 08 in den Fanzonen gezeigt wird und auf diesem Weg potenzielle Freier auf das Thema aufmerksam machen soll. (jäg)

[@] www.frauenhandeleuro08.ch